



info@biss.buerger-initiative.org
http://biss.buerger-initiative.org

Bielefeld, 22.01.2024

Die Bundespolizei will Catterick weiter besetzt halten

BISS kritisiert den OB und stellt Fragen

Was die BISS von Anfang an befürchtet hat, und von Beginn der Nutzung des Catterick-Geländes durch die Bundespolizei von dieser auch aggressiv betrieben wurde, bestätigt sich nun: Die Bundespolizei will das Gelände nicht räumen, sondern es für weitere mindestens acht (!) Jahre besetzt halten.

Oberbürgermeister Pit Clausen hat in diesem Verfahren von Anfang an die starke Rechtsposition der Stadt nicht genutzt. Ohne eine klare vertragliche Regelung zur Begrenzung der Nutzungsdauer herbeizuführen, hat er sich mit der öffentlich geäußerten Zusage der Bundespolizei abspeisen lassen, im August 2024 wieder abzuziehen. Stattdessen hat er Ende 2019 eigenmächtig und ohne Rückkopplung mit den politischen Gremien einen „Letter of intend“ mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, BImA, unterzeichnet. In dieser unverbindlichen Absichtserklärung wurde die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ und die Berücksichtigung gegenseitiger Interessen beschworen, im Kern aber der Verzicht auf den überwiegenden Anteil des 34 ha großen Kasernengeländes für Stadtentwicklung und Wohnungsbau festgeschrieben. Noch im März letzten Jahres hatte Clausen vollmundig, unter Berufung auf die Bundespolizei, deren Abzug für August dieses Jahres angekündigt.

Pit Clausens Erklärung zum Wortbruch der

Bundesbehörden wirft Fragen auf:

- Wusste er von diesem Wortbruch oder wurde er, wie die Bielefelder Öffentlichkeit, erst durch die Presse darauf aufmerksam gemacht?
- Wenn ja: Seit wann? Warum hat er dann keine Schritte unternommen, die Öffentlichkeit und die politischen Gremien von sich aus frühzeitig zu unterrichten?
- Wenn nein: Warum thematisiert er den Wortbruch und den Schaden, der daraus für die Stadt entstanden ist, mit keinem Wort? Warum stimmt er sich wieder einmal nicht mit den politischen Gremien ab und veröffentlicht eifertig seine fügsame Stellungnahme: „Ich freue mich, dass sich die Bundespolizei in Bielefeld wohlfühlt, sie ist herzlich willkommen.“?

Mindestens 10 Jahre keine Nutzung für Stadtentwicklung

Die nun angekündigte weitere Nutzung durch die Bundespolizei wird einschließlich der dann folgenden langwierigen Abwicklung mindestens 10 Jahre dauern, falls dann nicht wieder neue Bedarfe von Bundesbehörden auftauchen. In diesem Zusammenhang mutet die Erklärung Klausens geradezu zynisch an, dass die „Planungen für eine Nachnutzung nun konkreter voran“ gehen.

Stapenhorsts Erbe

Rechtswidrig an das Deutsche Reich verschenkt

Das Gelände wurde 1929 von dem mutigen und vorausschauenden Oberbürgermeister Rudolf Stapenhorst für Siedlungsbau im Zuge der geplanten Stadterweiterung gekauft. 1935 wurde es vom Nazi-Oberbürgermeister Budde dem Deutschen Reich mit dem Garnisonsvertrag kostenlos für den Bau der Kasernen überlassen. Das war Teil der Vorbereitung eines Angriffskrieges und verstieß schon damals gegen geltendes Recht. Dieser rechtswidrige Vertrag regelte auch, dass das Gelände nach Ende der militärischen Nutzung Eigentum des Deutschen Reichs bleibt. Als Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs nutzt die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die BImA, den Vertrag, um weiterhin das Gelände der Stadt Bielefeld zu entziehen.

Die Politik, besonders Rot-Grün-Rot, darf nicht länger Schweigen!

Bisher hat Bielefelder Politik, insbesondere das Rot-Grün-Rote Rats-Bündnis, das eigenmächtige Handeln des OB immer wieder stillschweigend hingenommen. Das Schweigen zum Fortdauern des Nazi-Unrechts rächt sich nun bitterlich. Bei dem großen Mangel an Flächen für Stadtentwicklung und Wohnungsbau muss die Politik und insbesondere das Rot-Grün-Rote Rats-Bündnis umgehend handeln.

- Die Verwaltung muss angewiesen werden, alle rechtlichen Schritte zu unternehmen, jeden weiteren Entzug der Flächen für die Allgemeinheit zu stoppen.
- Die demokratischen Parteien sind aufgefordert, die sofortige Rückgabe auf allen Ebenen einzufordern.

Weiteres Schweigen oder halbherziges Bedauern mangelnder Einflussmöglichkeiten untergräbt das gerade ohnehin schwindende Vertrauen in die demokratischen Institutionen.



Christian Presch
Für den Koordinierungskreis der BISS